

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

COVID-19: Häufiges Auftreten, niedrige Sterblichkeit

Nach offiziellen Angaben gibt es in Pakistan in der zweiten Juniwoche mehr als 120.000 bestätigte Infektionen mit dem Coronavirus. Mehr als 2300 Personen verstarben infolge einer Erkrankung an COVID-19, etwa ein Drittel gilt als genesen. Der Höhepunkt der ersten Welle wird in Pakistan Ende Juli, Anfang August erwartet.

Ein Grund für die vergleichsweise geringe Sterblichkeitsrate in Pakistan im Vergleich zu europäischen Ländern könnte das durchschnittlich deutlich jüngere Alter der Bevölkerung sein, das im statistischen Mittel bei 22,5 Jahren liegt. Auch die höhere Außentemperatur in Pakistan könnte die Verbreitung des Virus hemmen.

Unter den prominenten COVID-Positiven ist unter anderem Faisal Edhi, Vorsitzender der *Edhi Foundation*, die einen landesweiten Ambulanzdienst anbietet. Der Fall machte Schlagzeilen, weil Faisal Edhi kurz vor Bekanntwerden seiner Infektion Premier Imran Khan traf. Bestätigt infiziert sind ebenfalls folgende Politiker: Eisenbahnminister Sheikh Rashid, der ehemalige Premierminister Shahid Khaqan Abbasi (Vizepräsident der *Pakistani Muslim League* (Nawaz) – PML-N), Parlamentssprecher Asad Qaiser, Sindhs Gouverneur Imran Ismail, PPP-Anführer Saeed Ghani (*Pakistan Peoples Party*), Grenzregion- und Drogenschmuggelminister Shehryar Afridi und MQM-P-Anführer Faisal Sabzwari (*Muttahida Qaumi Movement-Pakistan*). Ein halbes Dutzend Parlamentsmitglieder verstarb infolge einer COVID-19 Erkrankung.

Die am 12. April eingeführten Regeln für Kontaktbeschränkungen wurden von Moscheen und Geschäften in Pakistan oft ignoriert, daher am 1. Mai gelockert und am 22. Mai größtenteils aufgehoben, obwohl die Voraussetzungen für die Aufhebung nicht erfüllt waren. Seitdem nehmen die Infektionen wieder deutlich zu. Die WHO forderte Pakistan am 7. Juni auf, wieder Kontaktbeschränkungen einzuführen und empfiehlt einen 14-Tage-Rhythmus (abwechselnd 14 Tage Lockdown und 14 Tage Lockerung). Schulen bleiben in Pakistan bis mindestens Mitte Juli geschlossen; auch der öffentliche Nahverkehr wurde eingestellt.

Tablighis und Corona

In Pakistan stand zu Beginn der Epidemie im März ein *Tablighi*-Zentrum in Hyderabad im Fokus des dynamischen Ausbruchsgeschehens in Sindh, das mutmaßlich auf einen muslimischen Laienprediger aus China zurückzuführen war. Bereits vom 10.-12. März feierten mindestens 80.000 *Tablighis* (nach Eigenangaben nahmen 250.000 Aktivistinnen der islamischen Missionsbewegung teil) aus 40 Ländern ihre auf drei Tage verkürzte Jahreszusammenkunft in Raiwind, obwohl die staatlichen Behörden eine Verschiebung anmahnten. Aus dem als „*super-spreader event*“ bezeichneten Treffen in Raiwind gingen nach offiziellen Angaben mindestens 539 Infektionen hervor. Der berühmte *Tablighi*-Prediger Tariq Jamil verbat sich Kritik der Regierung mit dem Hinweis: „Gott allein entscheidet, wer infiziert wird und Gott allein gewährt Heilung.“ Die reisenden Laienprediger der *Tablighi-Jamaat* wurden auch im Nachbarland Indien massiv für ihre Rolle bei der Verbreitung des Coronavirus kritisiert.

Moscheen widersetzen sich Kontaktregeln

Mitte April stieg bei vielen Predigern der Unmut über die verschärften Kontaktregeln in Moscheen, die kurz zuvor eingeführt wurden. Offiziell sollten demnach nicht mehr als fünf Menschen gleichzeitig gemeinsam beten. In einem Gutachten beschlossen diverse Dachverbände am 14. April, dass die täglichen fünf Pflichtgebete als „essenziell“ wieder ohne Obergrenze für Teilnehmende in der Moschee angeboten werden, allerdings mit größerem Abstand zwischen den Reihen, ohne Teppiche, mit Mund-Nasenschutz. Alte und Kranke sollten zu Hause beten und die Gemeinde nach dem Gebet ohne weitere Versammlung umgehend wieder nach Hause gehen.

Präsident Alvi unterstützte am 18. April die Entscheidung der muslimischen Verbände, machte aber eine Auflage von 20 Punkten zur Bedingung der Moscheeöffnungen: Keine Teppiche, 1,8 Meter Abstand zwischen den Betenden, keine längeren Unterhaltungen, Gebete möglichst draußen durchführen, keine Alten und Kranken, keine Gruppenbildungen auf der Straße vor der

Moschee, Moscheeböden desinfizieren, rituelle Waschungen vorab zu Hause durchführen, Mund- und Nasenschutzpflicht, keine Umarmungen oder Handschläge zur Begrüßung, Betende fassen sich nicht ins Gesicht, keine Übernachtungen in der Moschee, kein Fastenbrechen in Moscheen, Moscheen kooperieren mit der Polizei. Er betonte, dass diese Regeln im Konsens mit den Dachverbänden beschlossen wurden und ein Zuwiderhandeln sündhaft sei.

Premier Imran Khan unterstützte in einer Rede am 21. April die Entscheidung, Moscheen geöffnet zu halten. Pakistan sei ein souveräner Staat und könne diese Frage unabhängig von der Sachlage in anderen islamischen Ländern entscheiden. Vorangegangen waren Fernsehbilder von Konfrontationen zwischen Muslimen, die sich den Auflagen widersetzen, und Polizisten.

Widerspruch kam von Ärztenverbänden, die die Regierung aufforderten, zu den strengeren Regeln von Anfang April zurückzukehren. Das rückgratlose Einknicken staatlicher Behörden vor den Mullahs sei medizinisch verantwortungslos. Beobachtungen zeigten, dass trotz der Regeln überwiegend Ältere in den Moscheen beteten. Die absehbare Überforderung des Gesundheitssystems schädige international das Ansehen des Islams, der islamischen Gelehrten Pakistans und koste Menschenleben.

Sonderflüge

Am 21. März stoppte Pakistan den zivilen Flugverkehr. Am 31. März flog Deutschland 262 überwiegend pakistanstämmige Staatsbürger europäischer Länder als „Touristen“ von Islamabad aus. Mit einem zweiten Sonderflug am 4. April wurden insgesamt 625 Personen vom Auswärtigen Amt befördert. Am 2. April folgte Kanada mit Flügen aus Karatschi und Lahore nach Toronto. Über 500 Pakistaner mit britischer Staatsbürgerschaft forderten das Vereinigte Königreich zu vergleichbaren Sonderflügen auf. London führte zwischen dem 21. April und dem 7. Mai insgesamt 19 Sonderflüge aus Pakistan durch und beförderte etwa 5000 Personen.

Wirtschaftliche Folgewirkungen

Nach einem Bericht der UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)

vom März scheint Pakistan mit Argentinien und afrikanischen Entwicklungsländern südlich der Sahara zu den Ländern zu gehören, die die heftigsten wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu spüren bekommen. Zu den wirtschaftlichen Folgewirkungen zählen eine überbordende Verschuldung (verstärkt durch Exporteinbrüche), eine Deflationsspirale (verstärkt durch Kapitalflucht) und katastrophale Belastungen des Gesundheitssystems. Nach dem Bericht benötigen Entwicklungsländer eine Liquiditätsspritze von einer Billion US-Dollar, ein Schuldenerleichterungspaket in derselben Höhe sowie Gelder zur Stützung der Gesundheitssysteme.

Eine Studie der Weltbank vom April malt ebenfalls ein düsteres Bild und fürchtet für Südasien die schlimmste Wirtschaftsrezession der letzten vierzig Jahre. Während die Einbußen im Tourismus die Malediven, Sri Lanka und Indien viel stärker treffen als Pakistan, ist Pakistan betroffen bei der Unterbrechung von Lieferketten unter anderem aus China und der Streichung von Aufträgen etwa bei Kleidung durch eine zurückgehende Nachfrage in westlichen Ländern. Die Wachstumsprognose wurde für Südasien von 6,3 auf 2,3 Prozent nach unten korrigiert, für Pakistan wird ein negatives Wirtschaftswachstum von minus 1,3 Prozent erwartet. Die Inflation wird für Pakistans Finanzjahr 2020 auf 11,8 Prozent geschätzt. Der Internationale Währungsfonds schätzt Pakistans Wirtschaftswachstum im Finanzjahr 2020 auf minus 1,5 Prozent und die Inflation auf 11,1 Prozent.

Nach Berechnungen der pakistanischen Landesbank betrug die Inflation im Januar 2020 14,6 Prozent, was eine der höchsten monatlichen Inflationsraten weltweit darstellt. In den Folgemonaten betrug die Inflation 12,4 und 10,2 Prozent und im April 2020 8,5 Prozent. Die gesunkene Inflationsrate geht vor allem auf künstlich gesenkte Benzinpreise während der Epidemie zurück.

Kinderpornografie

Mitte Mai wurde ein krimineller Anführer eines internationalen Kinderpornoringes in Lahore gegen Kaution von 400.000 Rupien (etwa 2100 Euro) freigelassen. Saadat Amin aus Sargodha wurde 2017 auf Druck der Botschaft Norwegens in Pakistan festgenommen und im April 2018

zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Mehr als 650.000 kinderpornografische Dateien wurden bei ihm sichergestellt. Sein Verteidiger argumentierte nun, sein Mandant hätte die Gelder aus dem Ausland nicht im Austausch für kinderpornografische Dateien erhalten und bemängelte, dass sein Geschäftspartner in Norwegen nicht während des Prozesses von pakistanischen Behörden befragt worden war.

Flugzeugabsturz bei Karatschi

98 Personen verstarben infolge des Absturzes der Passagiermaschine des Typs Airbus A320 des Fluges PIA 8303 von Lahore nach Karatschi am 22. Mai, wenige Minuten vor der Landung. Das Unglück ereignete sich nur eine Woche nachdem das coronabedingte Verbot inländischer Flüge gelockert wurde. Von den 91 Passagieren überlebten zwei verletzt; alle acht Crewmitglieder verstarben, ebenso eine Person, die an der Absturzstelle am Boden tödlich verletzt wurde. Als Absturzursache wird ein Triebwerkschaden infolge des ersten Landeversuchs vermutet, dessen Scheitern auf einen Pilotenfehler zurückgeführt wird.

Journalist aus Belutschistan tot

Sajid Hussain (1981-2020), Gründer (2015) und Herausgeber der regierungskritischen Onlinezeitschrift *Belochistan Times*, wurde seit dem 2. März in Schweden vermisst. Am 23. April wurde seine Leiche in einem Fluss nördlich von Uppsala gefunden. Die Umstände seines Todes sind ungeklärt. Sajid Hussain wurde 2012 mit einer Reihe von Artikeln in führenden pakistanischen Tageszeitungen zu Entführungen und Menschenrechtsverletzungen in Belutschistan bekannt. Nach mehreren Morddrohungen ging er 2017 ins Exil nach Schweden, wo sein Asylantrag 2019 aufgrund politischer Verfolgung anerkannt wurde.

Hausangestellte getötet

Das achtjährige Mädchen Zohra Shah wurde in Rawalpindi zu Tode gefoltert, nachdem es versehentlich Papageien aus einem Käfig des Haushaltes befreite, in dem sie seit vier Monaten unbezahlt als häusliche Angestellte beschäftigt war. Zohras Eltern gaben ihre Tochter ohne Geldzahlung an den Haushalt, damit sie die Schule

in Rawalpindi besuchen könne. Gegen das Ehepaar, das sie als Haushaltshilfe beschäftigte, wurde Anklage wegen Mord und Vergewaltigung erhoben. Morde können in Pakistan nach islamischem Recht oder nach staatlichem Strafrecht verhandelt werden. Die Familie lehnte das Angebot einer Blutgeldzahlung ab und bevorzugt einen Strafprozess. In Pakistan gibt es etwa 8,5 Millionen häusliche Angestellte, darunter viele Frauen und Kinder. Kinderarbeit ist de jure in Pakistan gesetzeswidrig, aber allgegenwärtig.

Zwangskonversionen

Die Rechte religiöser Minderheiten sind in Pakistan umstritten, insbesondere bezüglich Frauen: Vergewaltigungen, Entführungen, Zwangsehen und Zwangskonversionen sind landesweit nicht unüblich. In der Provinz Sindh wurde zum zweiten Mal versucht, Zwangsehen und -konversionen per Gesetz einzuschränken, der *Protection of Minorities Bill*. Der Gesetzesentwurf sieht ein Mindestalter von 18 Jahren für eine religiöse Konversion vor. Obwohl das Provinzparlament 2016 den Gesetzesentwurf annahm, weigerte sich der Gouverneur ihn zu unterzeichnen, weil islamische Parteien Kritik übten. 2019 wiederholte sich das Spiel mit einem überarbeiteten Entwurf. Seitdem in Sindh ein Mindestalter von 18 Jahren für die Verheiratung von Mädchen gilt, werden viele minderjährige Hindumädchen in der Nachbarprovinz Pandschab verheiratet.

Pakistan scheitert mit UN-Gruppe zu Islamophobie

Ende Mai votieren die Malediven und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) gegen Pakistans Vorschlag, eine informelle Gruppe zum Thema „Islamophobie“ aus UN-Abgeordneten der Länder der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) zu gründen. Beide Länder zeigten sich irritiert über die anti-indische Ausrichtung des Vorschlags. Pakistans UN-Botschafter Akram mahnte umgekehrt die Abgesandten der OIC-Länder, sich nicht von indischer Propaganda in die Irre führen zu lassen. Der Abgesandte der VAE begründete seine Ablehnung mit der Zuständigkeit der Außenminister der OIC-Länder. Der Abgesandte der Malediven, Hussain, erklärte, Pakistans Fixierung auf Indien sei fachlich falsch und beschädige die interreligiöse Harmonie in Südasien.